



Kampf gegen Windmühlen?

Frankreichs Gewerkschaften verzweifeln an Macron

BENJAMIN SCHREIBER

Juni 2018

- Seit Monaten finden in Frankreich zahlreiche Streiks und Protestaktionen gegen die Politik der Regierung statt. Sie sind aber zu unterschiedlich und zu schwach, um Präsident Macron von seinem Reformkurs abzubringen. Die veränderte Meinungsstruktur in der Bevölkerung und die schwache Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften zeigen, dass das traditionelle Protestmodell Frankreichs in eine schwere Krise geraten ist.
- Für die Gewerkschaften ist die Lage denkbar ungünstig. Die reformorientierten und kämpferischen Verbände sind über Ziele und Handlungsoptionen gespalten. Ob Dialog oder Protest – keine Gewerkschaft ist in der Lage, einen entscheidenden Einfluss auf die Politik des Präsidenten auszuüben. Dies wirkt sich auf die interne Stabilität jeder einzelnen Organisation aus.
- Die traditionelle Rolle der Gewerkschaften im Sozialsystem Frankreichs steht auf dem Prüfstand. Emmanuel Macron will ihre Mitwirkungsmöglichkeiten auf dem branchenübergreifenden Gebiet stärker einschränken, um durch schnellere Ergebnisse die direkte Bindung zwischen Politik und Bevölkerung zu stärken. Damit haben viele Gewerkschaften ein Problem, weil sie ihre Beteiligung an wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen als Teil ihres identitätsstiftenden Auftrags betrachten.

Einleitung

Präsident Macron erlebt konfliktreiche Zeiten. Seit Monaten finden in Frankreich Streiks und Protestaktionen gegen die Politik der Regierung statt. Ein Teil der französischen Linken hofft, aus dieser Bewegung ihren politischen Vorteil zu ziehen, um das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten umzukehren. So wenig realistisch dieses Ziel ein Jahr nach der Präsidentschaftswahl auch sein mag, wird sogar von einem neuen Mai 1968 geträumt. Was die Gewerkschaften angeht, ist das Bild deutlich gemischer: Während einige – traditionell – auf Fundamentalopposition setzen, versprechen sich andere bessere Ergebnisse durch die Fortsetzung von Verhandlungen mit der Regierung. Je nachdem, welche Themen angegangen werden oder ob es um betriebliche, branchengebundene oder allgemeine wirtschaftliche Handlungsebenen geht, ist die Strategie der einzelnen Organisationen recht unterschiedlich. Sie alle sind mit einem neuen Präsidenten konfrontiert, der ein gänzlich anderes Verständnis von der Rolle der Gewerkschaften hat als seine Vorgänger. Wie ist es um die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften bestellt? Welche alternativen Handlungsansätze sind für welche Organisation möglich und was heißt dies für die Entwicklung der Sozialpartnerschaft in Frankreich? Wie verhalten sich die Gewerkschaften in der neuen sozialpolitischen Konstellation unter Macron?

Viele Proteste aber keine politische Dynamik

Zahlreiche Interessengruppen bringen ihren Unmut zum Ausdruck und nutzen hierbei unterschiedliche Methoden: sie gehen auf die Straße, streiken, starten Informationskampagnen oder blockieren öffentliche Einrichtungen. Es sind Studenten, Beamte, Angestellte von Krankenhäusern und Pflegeheimen, Rentner, Arbeitnehmer aus der Transportbranche oder Angestellter des Strafvollzugs. Die Regierung weiß um das politische Risiko, das von dieser neuen, verschärften Konfliktlage ausgeht. Deshalb versucht sie, einige der von den Reformen Betroffenen milde zu stimmen, indem sie für die einen – wie die politisch äußerst wichtige Gruppe der Rentner – leichte Korrekturen bei ihrer Steuerpolitik vornimmt oder für die anderen staatliche Zuschüsse um ein paar Millionen Euro erhöht.

Dies alles hat bis jetzt jedoch keinen Einfluss auf den politischen Handlungsspielraum der Regierung. Denn diese Proteste betreffen Belange von einzelnen Berufskatego-

rien und schaffen keine politische, landweite Dynamik gegen die Regierung. An den vielen branchenübergreifenden Demonstrationen, die von Gewerkschaften als Reaktion auf die Reformpolitik der Regierung durchgeführt wurden, haben dieses und letztes Jahr höchstens ein- bis zweihunderttausend Menschen teilgenommen. So eindrucksvoll diese Zahlen aus internationaler Perspektive sein mögen, sind sie im konfliktorientierten Sozialpartnerschaftssystem Frankreichs als bescheiden zu bewerten. Die Hoffnung der Regierungsgegner, dass das Szenario der massiven Blockade von 1995 gegen die Reformvorhaben der damaligen, von Premierminister Alain Juppé geführten Regierung sich wiederholt, bleibt somit bislang unerfüllt. Vielmehr bekommt man von einem Teil der Bevölkerung den Eindruck eines eher passiven und resignierten Widerstands, dem die etablierten sozialpolitischen Kräfte anders als 1995 keinen geeigneten Ausdruck verleihen können.

Dem traditionellen Protestmodell Frankreichs geht die Luft aus

Einer der Gründe dafür ist struktureller Natur: die französische Gesellschaft ist vielfältiger geworden. Die wachsende Fragmentierung der Arbeiterklasse führt nicht nur zum Mitgliederschwund bei den Gewerkschaften, sondern bietet darüber hinaus immer weniger traditionelle Identifikationsmöglichkeiten zur Entstehung einer starken nationalen Protestbewegung. Auch protestorientierte Gewerkschaften wie die CGT und ihr Vorsitzender Philippe Martinez erkennen, dass Arbeitskämpfe immer stärker im betrieblichen Kontext oder in Bezug auf besondere Erwerbsgruppen geführt werden.

Auch die öffentliche Meinung gibt interessante Auskünfte über die veränderte Protestneigung in Frankreich. Obwohl die überragende Mehrheit der nach wie vor zutiefst mit dem Gleichheitsprinzip verbundenen Franzosen Emmanuel Macrons Politik als sozial ungerecht betrachtet, genießt der Präsident relativ hohe Zustimmungswerte. Jedenfalls schneiden seine politischen Gegner deutlich schlechter ab. Macron profitiert zwar davon, dass seine im politischen Spektrum zentrale Position die Angriffsfläche für konservative und linke Anhänger verkleinert und seine Regierungspolitik als alternativlos wahrgenommen wird. Die widersprüchlichen Umfrageergebnisse zum Thema Ungleichheit rühren aber auch daher, dass das Vertrauen der Franzosen in die etablierten Institutionen

und die kollektiven Mechanismen der Verteilungspolitik stark gesunken ist. Die Franzosen scheinen im Moment den als überfällig bewerteten Reformmaßnahmen Priorität einzuräumen. Bei vielen (auch kritischen) Bürgern gibt es den Eindruck, dass die in Frankreich lange vermisste Handlungsfähigkeit des Staates nach einem gefühlt jahrzehntelangen Zustand der Stagnation wieder spürbar ist. Die Gestaltungsmacht der Politik wird mit Erleichterung wahrgenommen und begrüßt, unabhängig davon, ob die eine oder andere Maßnahme immer für gerecht gehalten wird. All denen, die sich aus Sicht der Bevölkerung dem Wandel entgegenstellen, bläst ein entsprechend starker Wind ins Gesicht.

Dass die Mobilisierung der Gewerkschaften wenig erfolgreich ist, ist aber nicht ganz neu und war auch vor Macrons Zeit bereits festzustellen, wenn auch nicht in so starkem Maße. Tatsache ist: seit langen Jahren haben Demonstrationen die Regierungen nicht oder nur wenig von ihren Reformplänen abgebracht. So drängt sich zunehmend bei allen französischen Gewerkschaften die Frage auf, wie politisch sinnvoll und erfolgsversprechend landesweite, branchenübergreifende Demonstrationen für das Erreichen von Gewerkschaftszielen im Vergleich zu anderen Instrumenten noch sind. Man kann von einer Krise des traditionellen Protestmodells Frankreichs sprechen, eine Krise, die das Selbstverständnis der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen betrifft und immer wieder von Neuem die historisch gewachsene ideologische Kluft zwischen den dialog- und konfliktorientierten Gewerkschaften deutlich macht.

Die CGT ist der isolierte Vorkämpfer einer schwachen Widerstandsbewegung

Die CGT hält am Modell der branchenübergreifenden Großdemonstrationen aus zwei Gründen fest. Zum einen ist sie unter den großen Dachverbänden von der Regierungspolitik ideologisch am weitesten entfernt. Zum anderen ist es für sie ein geeignetes Mittel, um durch Proteste über die seit Jahren schwelende Identitätskrise hinwegzukommen (ihr wurde zudem letztes Jahr von der reformistischen CFDT der Rang als stärkster Dachverband im Privatsektor abgelaufen). Die CGT ist die Hauptinitiatorin von Demonstrationen, die gemeinsam mit Jugendorganisationen und weiteren gewerkschaftlichen Splittergruppen landesweit durchgeführt werden. Sie weigert sich aber nicht, Gegenvorschläge zu machen. Wie alle

großen Gewerkschaftszentralen ist sie im Rahmen von Beratungsrunden an vielen Reformvorhaben der Regierung beteiligt, sei es im Bereich der Arbeitslosenversicherung, des Ausbildungssystems oder der Reform des Staates. Ihr politischer Kurs zielt jedoch darauf ab, die unterschiedlichen berufsgruppenbezogenen Proteste zu einer massiven Bewegung anwachsen zu lassen, die die gesamte Reformpolitik der Regierung blockieren könnte. Misst man diese Katalysator-Strategie an der erreichten Zahl der Demonstranten, dann stellt man aber fest: sie hat bislang keine nennenswerte Wirkung gezeigt.

Ihr kompliziertes Verhältnis zu den antiliberalen Linksparteien kommt erschwerend dazu. Der Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon, der mit seiner Bewegung »France Insoumise« und weiteren Organisationen auch eigene Protestaktionen organisiert, beschwert sich, dass die politischen und gewerkschaftlichen Kräfte bei Protesten getrennte Wege gehen und macht die Gewerkschaftszentralen (vor allem die CGT) für den schwachen Widerstand mitverantwortlich. Dahinter steckt nicht nur ein teilweise von starken Egos der Akteure getriebener Kampf um die Herrschaft der linken Opposition. Es geht vor allen Dingen um das Grundprinzip der Parteineutralität aller französischen Gewerkschaften, welche sich traditionell als Zeichen ihrer Unabhängigkeit nicht an Demonstrationen beteiligen wollen, die von politischen Parteien organisiert werden. Für die CGT, die sich in den 90er Jahren von der kommunistischen Partei abgespalten hat, hat dies einen besonders starken Symbolwert. Vor diesem Hintergrund muss der Kursschwenk der CGT bewertet werden, für den Jean-Luc Mélenchon sich monatelang stark gemacht hatte: die Gewerkschaft hat sich am 26. Mai zum ersten Mal (gemeinsam mit zwei kleinen Protestgewerkschaften) wieder einer politischen Demonstration angeschlossen, die von über sechzig (!) Verbänden und Parteien – unter anderem dem France Insoumise – organisiert wurde. Ob dieser Schritt als Einschnitt in die Geschichte der CGT eingegangen wird, muss sich noch zeigen. Eines ist aber sicher: die CGT selbst ist über diese Entscheidung gespalten – sie wurde nicht vom Vorstand, sondern von der Basis getroffen. Damit könnte sich die Organisation noch stärker ins Abseits manövrieren.

Die Reformgewerkschaften um die CFDT sind gefangen

Auf der anderen Seite befinden sich die reformorientierten Gewerkschaften CFDT, CFTC und UNSA, die auf eine andere Strategie setzen. Für sie sind landesweite branchenübergreifende Großdemonstrationen ein Auslaufmodell, weil sie im aktuellen Kontext für Arbeitnehmer kaum konkrete Ergebnisse bringen. Sie können sich sogar im Falle einer schwachen Mobilisierung für den Einfluss und die Reputation der Gewerkschaften als kontraproduktiv erweisen. Auch der Grundsatz eines generellen Widerstands gegen den Präsidenten ist ihnen politisch suspekt. Darum bleiben sie Demonstrationen der CGT fern und setzen auf eine Vertiefung der Gespräche mit der Regierung. Wenn gemeinsam demonstriert wird, dann nur auf der Basis von berufsgruppenspezifischen Forderungen, wie den gemeinsam von allen Gewerkschaften durchgeführten Protesten gegen die geplante Reform im öffentlichen Dienst. Diese Strategie der Dialogbereitschaft hat aber auch einen Haken: sie ist nur erfolgreich, wenn die Gewerkschaften ihrer Basis sichtbare Ergebnisse vorweisen können. Da es sich aus Sicht der Regierung in der Regel nicht um Verhandlungen, sondern um unverbindliche Diskussionen handelt, müssen sie sich gegen den Vorwurf erwehren, nicht genug herausgeholt zu haben. So sehen sie sich in die Zange genommen zwischen lautstarken Konkurrenzorganisationen und einer selbstbewussten Regierung, die das politische Momentum auf seiner Seite sieht und zu Lasten der Gewerkschaften ausbauen will. Ihr Unmut über die aus Ihrer Sicht wenig kooperative Regierungsmethode ist deshalb ausgesprochen groß.

Bei der drittgrößten Gewerkschaft FO ist das Dilemma zwischen Protest und Verhandlung am deutlichsten sichtbar. Nachdem sie jahrzehntelang einen eher regierungskritischen, protestorientierten Kurs fuhr, hat sie sich letztes Jahr gegen Widerstand weiter Teile der eigenen Basis auf eine kompromissbereitere Linie zubewegt, weil sie den Erfolg der gemeinsam mit der CGT organisierten Großdemonstrationen von 2016 in Frage stellte. Dieser Kurswechsel hat in der Folge eine interne Krise ausgelöst, die sich auf ihrem Ende April abgehaltenen Kongress in einem erbitterten Richtungskampf zwischen Pragmatikern und Hardlinern niedergeschlagen hat. Ihr neuer Vorsitzender Pascal Pavageau plädiert dafür, dass die Organisation sich wieder an einer branchenübergreifenden Großdemonstration gegen die Regierung beteiligt,

will aber gleichzeitig jeglichen Einfluss der politischen Parteien (und der CGT) vermeiden und ihre Verhandlungsfähigkeit bewahren. Man darf gespannt sein, wie der »militante Reformismus« der FO sich auf das Machtverhältnis zwischen reformistischen und kämpferischen Gewerkschaften auswirken wird.

Bahnstreit: bleibt alles beim Alten?

Die Auseinandersetzung um die Bahnreform liefert ein gutes Beispiel dafür, wie auch unter Präsident Macron alte Rituale der sozialen Konfliktpartnerschaft weiter gepflegt werden. Emmanuel Macron will nicht nur die tiefgreifenden Strukturprobleme des französischen staatlichen Eisenbahnunternehmens SNCF lösen, sondern einen weiteren Beleg seines unbedingten Reformwillens zeigen. Auf der anderen Seite befinden sich vier Bahngewerkschaften (CGT, UNSA, Sud und CFDT), die seit Monaten gemeinsam gegen das Regierungsprojekt streiken. Sie sind aber ideologisch und kulturell sehr unterschiedlich und konkurrieren um die Gunst der Arbeitnehmer. Ein neben der Beteiligung an den Streiks zentraler Indikator ist die öffentliche Meinung. Eine deutliche Mehrheit steht weiterhin eindeutig hinter Macrons Projekt und gegen die Protestbewegung (etwa 63 % laut jüngster Umfrage).

Bei diesem Streit dreht sich auch viel um Symbole und politische Signale. Emmanuel Macrons Ziel ist ein deutlicher Sieg, von dem die Protestbewegung sich schwer erholen können. Andererseits wird der Bahnstreik von der CGT als die Mutter aller Schlachten dargestellt – das jüngste Kapitel eines kulturpolitischen, verzweifelten Kampfs gegen die wirtschaftsliberale Mainstream-Politik. Das ist für sie umso wichtiger, als Arbeitnehmervertreterwahlen schon im kommenden November stattfinden werden. Auch wenn die CGT immer noch die stärkste Gewerkschaftsorganisation bei der Bahn ist, so hat sie in den letzten Jahren doch Verluste zu verzeichnen. Sie kann es sich deshalb nicht leisten, von der kleinen Gewerkschaft Sud links überholt zu werden und muss ihre Identität behaupten. So läuft wieder einmal das bewährte Rollenspiel in Frankreich: Die CGT und die Regierung nutzen eine bewusst zugespitzte Konfrontation, um ihre eigene politische Agenda zu verfolgen.

Die Reformgewerkschaften wollen sich nicht in diesem politisch eingefärbten Zweikampf verfangen. Sie machen bei Streiks entschlossen mit, um den Druck auf

die Regierung aufrechtzuerhalten, fordern aber keinen Rückzug vom Bahnreformpaket, sondern zielen u.a. auf tarifpolitische Garantien im Rahmen der geplanten Liberalisierung des Bahn-Personenverkehrs. Sie handeln Punkte der Reform über unterschiedliche Kanäle weiter aus, sei es in vertraulichen Gesprächen mit dem Büro des Premierministers, bei Verhandlungen mit der Unternehmensleitung und durch Lobbyarbeit im französischen Parlament. Auf der anderen Seite haben auch sie die Arbeitnehmervertreterwahlen im Blick. Die Frage, wann sie aus dem Streik aussteigen könnten, ist sehr heikel und führt zu Spannungen mit der Basis und ihren jeweiligen Dachverbänden.

Welche neue Rolle für die Gewerkschaften?

So unübersichtlich das aktuelle Parteiensystem in Frankreich geworden ist, so schwierig ist es, die Rolle der Sozialpartner in der von Macron ausgerufenen »neuen Welt« einzuordnen. Die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften nimmt dramatisch ab und ihr Image ist bei der Bevölkerung ziemlich angekratzt. Gerade in Zeiten der Macronschen Umwälzungen steht für die Gewerkschaften viel auf dem Spiel. Der Vorsitzende der CFDT Laurent Berger selbst hatte es auf den Punkt gebracht: nicht nur Parteien, sondern auch Gewerkschaften können »sterben«, wenn sie sich nicht ändern. Darüber, welche Rolle ihnen in der modernen Gesellschaft dabei eingeräumt wird, besteht aber kein Konsens.


Emmanuel Macron misstraut politischen Parteien, korporatistischen Strukturen und etablierten Mittlerorganisationen wie den Gewerkschaften, deren Dachverbände den Anspruch erheben, einen Teil der nationalen Politik mitzugestalten. Obwohl er die Sozialpartner in die Entwicklung seiner großen Sozialreformpakete einbezieht, will er ihren Einfluss auf dem branchenübergreifenden Gebiet stärker eingrenzen. Anders als sein Vorgänger François Hollande – von dem er sich unbedingt abgrenzen will – vertritt er die Meinung, dass die Gewerkschaften das Tempo und die Reichweite der Reformen gefährden. Aus seiner Sicht ist ihre Legitimität vor allem auf der Branchen- und Betriebsebene zu finden, wo Arbeitsnormen konkret und arbeitnehmernah erstellt werden. Diese Position hat ihren Ursprung in einer von ihm lang durchdachten Strategie: für ihn kann das Land nur wieder auf die Beine kommen, wenn einerseits eine direkte, wirkungsvolle Handlungsfähigkeit der Politik

wiederhergestellt und andererseits neue individualisierte Emanzipationsmöglichkeiten für die Bürger geschaffen werden. In diesem Konzept kommt den Sozialpartnern als Vertreter der »alten Welt« eine untergeordnete Bedeutung zu.

Viele Gewerkschaften, allen voran die reformistische CFDT sehen dies naturgemäß ganz anders. Sie sehen einen Bestandteil ihrer gesellschaftlichen Aufgabe darin, negative Auswirkungen der Regierungspolitik abzufedern, indem sie im Vorfeld Maßnahmen der Politik durch branchenübergreifende Verhandlungen an die Realität der Arbeitnehmerschaft anpassen. Wenn der dafür notwendige Spielraum begrenzt wird, können ehrgeizige Reformen vielleicht schneller durchkommen. Deren praktische Umsetzung könnte aber insofern schwieriger sein, als sie den tatsächlichen Bedürfnissen der Arbeitnehmer nicht ausreichend gerecht werden. Bei der Reform der beruflichen Aus- und Weiterbildung wird zum Beispiel befürchtet, dass die von der Regierung geplante starke Individualisierung des Systems bei der Wahl des Bildungsangebots die wenig qualifizierten Arbeitnehmer weitgehend überfordert und sich deshalb im Endeffekt als völlig ineffizient erweist. Macron denkt, dass die Gewerkschaften zu schwach geworden sind, um bei politischen Großprojekten diese Partnerrolle einzunehmen. Die Gewerkschaften denken umgekehrt, dass die langfristige Wirkung der beschlossenen Reformen ohne ihre Beteiligung noch schwächer ausfallen wird, als es jetzt der Fall ist.

Ausblick

Die Lage ist ziemlich unüberschaubar. Die Gewerkschaften sind nicht nur politisch geschwächt und untereinander zerstritten. Die Frage, welche Mittel im Verhältnis zur Regierungspolitik eingesetzt werden sollen, ist nicht nur zwischen den verschiedenen Organisationen umstritten, sondern auch innerhalb derselben. Dies macht die Entwicklung der Gewerkschaftslandschaft unvorhersehbar. Diese Konstellation bringt die Regierung in eine vorteilhafte Situation. Sie wäre aber gut beraten, die Beziehungen mit den Gewerkschaften nicht unheilbar zu zerrütten. Denn Präsident Macron ist noch weit davon entfernt, die extrem polarisierten Schichten der französischen Gesellschaft miteinander zu versöhnen. Und die Gewaltausbrüche von einer deutlich wachsenden Anzahl von Linksextremisten, die neuerlich an die



Spitze von Demonstrationen vorgedrungen sind, hat in Frankreich eine kontroverse Debatte neu entfacht: trägt die mangelnde Rücksicht der Regierung auf intermediäre Gewalten aller Arten (Gewerkschaften, Vereine, auch Lokalpolitiker) dazu bei, dass gewaltbereite Oppositionsformen außerhalb der organisierten Zivilgesellschaft wachsen können? Leidet die Integrationskraft der Politik in Frankreich darunter, dass sie trotz der Beteiligung solcher Mittlerorganisationen oder ausgerechnet wegen ihnen nur unzureichende Ergebnisse liefert?

Für die Regierung bleibt noch genügend Zeit, um das bedrohliche Syndrom einer arroganten, rücksichtslosen Technokratie zu vermeiden. Die geplanten, politisch äußerst brisanten Staats- und Rentenreformen bieten eine weitere Gelegenheit, den Gewerkschaften näher zu kommen – und, so die Hoffnung einiger mittlerweile von Macron Enttäuschten inner- und außerhalb der En Marche-Bewegung, eine neue, sozial innovative Phase der Amtszeit einzuleiten. Damit der Präsident sein distanzierteres Verhältnis zu den Gewerkschaften nicht nur anpasst, sondern grundlegend verändert, bedürfte es aber zweierlei Voraussetzungen: die gesellschaftliche Akzeptanz für seine weiteren Reformen müsste einerseits sinken und andererseits sollte zumindest ein Teil der Gewerkschaften einen Weg finden, ihre Legitimität bei der Bevölkerung wieder zu stärken und dadurch für die Regierung als Verhandlungspartner wieder unverzichtbar zu werden. Der Weg ist noch lang.



Über den Autor

Benjamin Schreiber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung Paris | 41 bis, bd. de la Tour-Maubourg
75007 Paris | France

Tel. +33 1 45 55 09 96

www.fesparis.org
fes@fesparis.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet

Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankreich wurde 1985 in Paris eröffnet. Seine Tätigkeit zielt darauf, unterhalb der Ebene des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Vermittlerfunktion im deutsch-französischen Verhältnis zu erfüllen. Dabei steht im Mittelpunkt, Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung sowie Akteuren der Zivilgesellschaft Gelegenheit zu geben, sich zu Themen von beiderseitigem Belang auszutauschen und die Probleme und Herausforderungen, die die jeweils andere Seite zu bewältigen hat, kennenzulernen. Deutsche und französische Partner der FES können dadurch zu gemeinsamen Positionen insbesondere zur europäischen Integration gelangen und bei der Formulierung von Lösungen für die jeweils eigenen Probleme auf vorhandene Kenntnisse und Erfahrungen des Nachbarlandes zurückgreifen.

Langjährige Veranstaltungsreihen sind die Deutsch-französischen Strategiegelgespräche («Cercle stratégique») über aktuelle außen- und sicherheitspolitischen Themen, Jahreskonferenzen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen («Cercle des économistes») und das Deutsch-französische Gewerkschaftsforum.

Weitere Publikationen:

Fourquet, Jérôme

Europa und die Zuwanderung

Die Wahrnehmung von Migration in Europa und die damit verbundenen Vorstellungen in Frankreich
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/13831-20171213.pdf>

Finchelstein, Gilles; Teinturier, Brice

La France insoumise und den Front National trennt mehr als viele glauben machen

<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/13687.pdf>

Schreiber, Benjamin

Den Arbeitsmarkt reformieren

Präsident Macron macht Druck bei seinem Kernprojekt
<http://library.fes.de/pdf-files/id/13537.pdf>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

